

## Newsletter Innenpolitik, Datenschutz, Kommunalpolitik 04/2018

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

mit dem Beschluss des Doppelhaushaltes geht das Jahr 2018 mit einem parlamentarischen Kraftakt zu Ende. Selten werden politische Unterschiede so deutlich, wie bei der Frage, wofür der Staat das Geld ausgeben sollte. Wir haben als GRÜNE mit unseren Änderungsanträgen zum Entwurf der Staatsregierung klare Prioritäten für mehr Klimaschutz, eine bessere Klimaanpassung und ausreichend Personal für einen wirkmächtigen Rechtsstaat gesetzt. Um letzteres zu untermauern, hat meine Fraktion wie schon im vorherigen Haushalt eine umfassende Personaloffensive vorgelegt, mithilfe derer jetzt ausreichend Personal eingestellt werden sollte, um die massiven Altersabgänge in den kommenden Jahren abzumildern und die Aufgabenerfüllung der Verwaltung sicherzustellen. Zudem fordern wir weiter ein Personalkonzept für die gesamte Verwaltung des Freistaates, um schon jetzt planen zu können, wo genau wir in 10 Jahren welches Personal brauchen.

Die letzten Wochen standen auch wieder im Zeichen des steten Kampfes für Freiheit und Bürgerrechte in Sachsen. Mit der Einführung einer Waffenverbotszone in Leipzig erhält die Polizei dort umfassende Kontrollmöglichkeiten, obwohl die Maßnahme keinerlei wirkliche Verbesserung für die Sicherheit bringt, sondern nur reine Symbolpolitik darstellt. Zudem geht die parlamentarische Befassung mit dem Frontalangriff auf die Bürgerrechte in Gestalt des Polizeigesetzes nunmehr auf die Zielgrade. Voraussichtlich Anfang kommenden Jahres wird der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalition den Landtag passieren. Wir GRÜNEN werden weiter alles daran setzen, dass die geplante Erleichterung der Überwachung der Menschen in Sachsen nicht Realität wird.

Mit diesem Newsletter verabschiede ich mich in diesem Jahr. Ich wünsche allen friedliche und frohe Weihnachtsfeiertage und einen guten Start in das neue Jahr.

Mit besten Grüßen

Valentin Lippmann

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Der Doppelhaushalt 2019/2020 - Haushaltsinitiativen für das andere Sachsen</b>	<b>3</b>
<b>2. Dieser Entwurf zum Sächsischen Polizeigesetz darf den Landtag nicht passieren!</b>	<b>4</b>
<b>3. FKD-Angeklagter nutzte illegalen Internetzugang in U-Haft – Wir fordern Aufklärung</b>	<b>5</b>
<b>4. Waffenverbotszone Leipziger Eisenbahnstraße: Reine Symbolpolitik und schwerer Eingriff in die Bürgerrechte</b>	<b>5</b>
<b>5. Fußballeuropameisterschaft in Deutschland/Leipzig darf nicht zu Versammlungsverboten führen</b>	<b>6</b>
<b>6. Verbeamtung von Lehrern und Lehrerinnen – Umsetzung schafft neue Ungerechtigkeiten</b>	<b>7</b>
<b>7. Personalkonzept der Landesverwaltung lässt weiter auf sich warten</b>	<b>8</b>
<b>8. Videoüberwachung schafft keine Sicherheit</b>	<b>9</b>
<b>9. Schlechte Ausstattung der Sächsischen Feuerwehr: Einen Waldbrand darf es hier nicht geben</b>	<b>9</b>
<b>Zwischenrufe #18: Wildtierverbot – Überwachung(-skapitalismus) – Aufbruch Ost</b>	<b>10</b>
<b>Kleine Anfragen</b>	<b>10</b>
<b>Veranstaltungsrückblicke</b>	<b>11</b>
<b>Die Saxgrün ist da!</b>	<b>11</b>

## 1. Der Doppelhaushalt 2019/2020 - Haushaltsinitiativen für das andere Sachsen



Ob Klimaschutz, sozialer Wohnungsbau oder Pressefreiheit – wir GRÜNEN haben unsere Schwerpunkte in die Beratungen des Doppelhaushalts 2019/2020 eingebracht. Mit unserer GRÜNEN Personaloffensive haben wir vorgeschlagen, die hohen Altersabgänge der nächsten Jahre mit jährlich 500 zusätzlichen Fachkräften und der (Wieder-)Besetzung aller frei werdenden Stellen aufzufangen. Das bedeutete ein Plus an 1.000 zusätzlichen Fachkräften bis 2020. Viele Ereignisse in Sachsen haben dieses Jahr gezeigt, dass Pressefreiheit auch hier nicht selbstverständlich ist. Hierfür haben wir in den Haushaltsverhandlungen vorgeschlagen, die Arbeit des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit in Leipzig finanziell zu stärken. Nicht zuletzt haben wir mit Blick auf die Dürre im letzten Sommer und teils schweren Waldbrände in der Sächsischen Schweiz beantragt, dass Sachsen einen Löschhubschrauber anschafft.

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/haushalt/doppelhaushalt-19-20/>

## 2. Dieser Entwurf zum Sächsischen Polizeigesetz darf den Landtag nicht passieren!



Die Beratungen zum Sächsischen Polizeigesetz befinden sich in der letzten Runde. Am 12. November 2018 wurde der Gesetzentwurf im Innenausschuss des Sächsischen Landtages angehört. Die Koalition hat mit ihrer Auswahl an Sachverständigen alles aufgeboten, was Verschärfungen des Polizeirechts fordert, einschließlich des Hardliners Rainer Wendt von der Deutschen Polizeigewerkschaft. Es gab jedoch einige Sachverständige, die unsere Auffassung stützten, dass dieses Gesetz in Teilen verfassungswidrig sei. Wir rechnen derzeit nicht damit, dass die SPD einknickt und die von der CDU geforderte Einführung der Quellen Telekommunikationsüberwachung oder der Online-Durchsuchung mitträgt. Möglicherweise wird noch eine Rechtsgrundlage für die Bodycams geschaffen. Wir GRÜNEN lehnen dieses Gesetz und dem damit verbundenen Ausverkauf der Bürgerrechte ab und hoffen, dass der Entwurf den Landtag im Januar in dieser Form nicht passieren wird.

Weitere Hintergrundinformationen finden Sie hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/polizeigesetz/>

PM, 12.11.18 : Nach der Polizei-Anhörung – GRÜNE: Dieser Entwurf darf den Landtag nicht passieren  
<http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/nach-der-polizeigesetz-anhoerung-gruene-dieser-entwurf-darf-den-landtag-nicht-passieren/>

Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung im Innenausschuss

Teil 1 - [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=60540&dok\\_art=APr&leg\\_per=6&pos\\_dok=203&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=60540&dok_art=APr&leg_per=6&pos_dok=203&dok_id=undefined)

Teil 2 - [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=60540&dok\\_art=APr&leg\\_per=6&pos\\_dok=204&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=60540&dok_art=APr&leg_per=6&pos_dok=204&dok_id=undefined)

Kleine Anfrage von Valentin Lippmann: Anhörung des Referentenentwurfs zum Gesetz zur Neustrukturierung des Polizeirechts des Freistaates Sachsen (Drs. 6/14849)

[http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=14849&dok\\_art=Drs&leg\\_per=6&pos\\_dok=1&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14849&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined)

### **3. FKD-Angeklagter nutzte illegalen Internetzugang in U-Haft – Wir fordern Aufklärung**

Anfang November wurde durch das MDR-Nachrichtenmagazin „exakt“ bekannt, dass einer der Angeklagten des Prozesses gegen die Freie Kameradschaft Dresden (FKD) über sieben Monate in der JVA einen illegalen Internetzugang nutzte und über sein Tablet Kontakte zu Mitangeklagten pflegen konnte. Möglicherweise hat er auch versucht, Zeug\*innen zu beeinflussen. Wie so etwas passieren kann, ist mir unverständlich. Damit wurde der gesamte wichtige Prozess gegen die FKD in Gefahr gebracht. Zugleich wurde bekannt, dass der Angeklagte ein Verhältnis mit einer Schöffin hatte, was deren Befangenheit begründete. Dass dieser Vorgang über Monate bekannt war und keine Maßnahmen getroffen wurden, um den Prozess zu sichern, ist ein Skandal.

Ich habe Justizminister Sebastian Gemkow aufgefordert diese Vorfälle unverzüglich, gewissenhaft und lückenlos aufzuklären und für die Sicherheit des Strafverfahrens Sorge zu tragen.

Mehr Informationen finden Sie hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/fkdinternetnutzung-in-untersuchungshaft-lippmann-wichtiger-prozess-wurde-hoechst-fahrlaessig-aufs-spiel-gesetzt-zustaendige-staatsschutzkammer-hatte-seit-5-juli-2018-kenntnis/>

PM, 26.10.18 : Rassismus und rechtes Gedankengut in Sachsens Bereitschaftspolizei? – GRÜNE erwarten umfassende Aufklärung vom Innenminister in der Sitzung des Innenausschusses am 1. November  
<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/rassismus-und-rechtes-gedankengut-in-sachsens-bereitschaftspolizei-gruene-erwarten-umfassende-aufklaerung-vom-innenminister-in-der-sitzung-des-innenausschusses-am-1-november/>

Drs. 6/15351: Kommunikation mit Mitangeklagten und mögliche Beeinflussung von Zeugen aus dem Gefängnis heraus durch einen Angeklagten im Prozess gegen die Freie Kameradschaft Dresden  
[http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=15351&dok\\_art=Drs&leg\\_per=6&pos\\_dok=1&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=15351&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined)

### **4. Waffenverbotszone Leipziger Eisenbahnstraße: Reine Symbolpolitik und schwerer Eingriff in die Bürgerrechte**

Rund um die Leipziger Eisenbahnstraße ist die erste sächsische Waffenverbotszone errichtet worden. Wir GRÜNEN wollen insgesamt weniger Waffen in unserer Gesellschaft und haben uns mehrfach für eine Verschärfung des Waffenrechts ausgesprochen. Solche Waffenverbotszonen lehnen wir als reine Symbolpolitik ab, da sie nicht dazu führen das insgesamt weniger Waffen mit sich geführt werden. Vielmehr erhält die Polizei dadurch deutlich mehr Befugnisse, Personen anlasslos anzuhalten

und zu kontrollieren. Außerdem bleiben viele praktische Fragen in Bezug auf Waffenverbotszonen unbeantwortet. Kann ein Ordnungsgeld von bis zu 1.000 Euro auferlegt werden, wenn jemand mit seinem Taschenmesser nichtsahnend aus der Straßenbahn in der Waffenverbotszone aussteigt?

Hier empfiehlt sich auch die Lektüre der Antwort zu meiner Kleinen Anfrage „Veröffentlichung des Umfangs der Waffenverbotszone in Leipzig und tatsächliche Auswirkungen“ (Drs. 5/15153):

[http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=15153&dok\\_art=Drs&leg\\_per=6&pos\\_dok=1&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=15153&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined)

Weitere Hintergrundinformationen finden Sie in der Pressemitteilung vom 04. November: Waffenverbotszone Leipziger Eisenbahnstraße: Reine Symbolpolitik einerseits, schwerer Eingriff in die Bürgerrechte andererseits

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/waffenverbotszone-leipziger-eisenbahnstrasse-reine-symbolpolitik-einerseits-schwerer-eingriff-in-die-buergerrechte-andererseits/>

## **5. Fußballeuropameisterschaft in Deutschland/Leipzig darf nicht zu Versammlungsverboten führen**



Die Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland und Leipzig wird unter den Bedingungen der UEFA stattfinden. Zum Schutz exklusiver Werbung und Sponsoring fordert die UEFA, dass in einem 500-Meter-Umkreis der Stadien keine politischen oder religiösen Demonstrationen stattfinden. Zu dem Sachverhalt hatte ich mehrere Kleine Anfragen eingereicht und die deutliche Erwartung an den Innenminister herangetragen, dass er Sorge zu tragen hat, dass es im Zuge der Fußballeuropameisterschaft nicht zu Versammlungsverboten kommt.

Zum Sachverhalt können Sie sich hier informieren:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/sachsens-innenminister-m>

[uss-sicherstellen-dass-es-bei-der-fussball-em-2024-aufgrund-der-uefa-regularien-nicht-zu-versamm-lungsverboten-in-leipzig-kommen-wird/](#)

## **6. Verbeamtung von Lehrern und Lehrerinnen – Umsetzung schafft neue Ungerechtigkeiten**

Angesichts der dramatischen Situation an sächsischen Schulen ist die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern eine Möglichkeit, um den Beruf in Sachsen attraktiv zu gestalten. Dies war Gegenstand der Plenardebatte am 11. Dezember zum „Gesetzentwurf zur Umsetzung des Handlungsprogramms der Sächsischen Staatsregierung zur nachhaltigen Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen (Drs. 6/14443)“. Leider lässt das von Kultusminister Christian Piwarz vorgelegte Gesetz die gebotene Verantwortung für die Zukunft des öffentlichen Dienstes vermissen. Um nicht zu viele Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet zu müssen, wurde die Altersgrenze für den Einstieg in ein Beamtenverhältnis von 47 auf 42 abgesenkt – und zwar für alle Personen, die in den öffentlichen Dienst wollen und nicht nur für Lehrerinnen und Lehrer. Das steht dem Ziel, neue Fachkräfte in der öffentlichen Verwaltung zu finden, vollkommen entgegen. Leider agiert das Kultusministerium aufgrund der jahrelangen Versäumnisse nun nur noch im Krisenmodus und reißt dabei alle anderen Bereiche der öffentlichen Verwaltung mit in die daraus resultierenden Ungerechtigkeiten.

Redebeitrag von Valentin Lippmann zum Gesetzentwurf der Staatsregierung:

“Gesetz zur Umsetzung des Handlungsprogramms der Sächsischen Staatsregierung zur nachhaltigen Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen” (Drs 6/14443, 11.11.2018, TOP 5)

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/parlamentsarbeit/redebeitraege/6-legislatur/handlungsprogramm-bildungsqualitaet-lippmann-ignoranz-inkompetenz-und-inkohaerenz-wurden-hier-in-ein-gesetz-gegossen/>

## 7. Personalkonzept der Landesverwaltung lässt weiter auf sich warten



Dass von 82.513 Bediensteten des Freistaats Sachsen in den nächsten 15 Jahren rund 52 Prozent in den Ruhestand gehen, scheint in der sächsischen Regierung niemanden zu interessieren. Der Personalabbau betrifft nicht nur Gerichte und den Strafvollzug, sondern auch Planungs- und Kontrolleinrichtungen. Die Koalition verschläft diese Entwicklung bereits seit Beginn der Legislaturperiode. Unser Antrag, der ein konkretes Personalkonzept zur Bewältigung dieser Überalterung der Verwaltung fordert, stand am 8. November auf der Tagesordnung der Landtagssitzung. Darin forderten wir ein umfassendes Personalkonzept für die Landesverwaltung, das den Generationswechsel steuert, neue Fachkräfte gewinnt und die Verwaltung verjüngt. Unser Antrag wurde von der CDU/SPD-Koalition abgelehnt. Damit der Stellenabbau im öffentlichen Dienst nicht weiter geht, haben wir uns bei den Haushaltsverhandlungen für eine erste dringende Maßnahme eingesetzt: die Schaffung von 1.022 neuen Stellen und die Streichung von allen kw-Vermerken (künftiger Stellenabbau), die ab 2021 noch vorgesehen sind.

Mehr Informationen zum Thema und einen Link zu unserem Antrag „Fachkräfte zum Erhalt der Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gewinnen – jetzt umfassendes Personalkonzept erarbeiten (Drs. 6/14694)“ finden Sie hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/staatsregierung-muss-sich-um-junges-personal-in-allen-bereich-der-landesverwaltung-bemuehen-gruener-antrag-auf-der-tagesordnung-der-landtagssitzung/>

Rede von Valentin Lippmann zum Personalkonzept für den öffentlichen Dienst: „Ein tragfähiges Konzept ist drängender denn je!“ (82. Plenarsitzung, TOP 11, 08.11.2018)

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/parlamentsarbeit/redebeitraege/6-legislatur/personalkonzept-fuer-den-oeffentlichen-dienst-lippmann-keine-gestaltung-ohne-gute-verwaltung-ein-tragfaehiges-konzept-ist-draengender-denn-je/>



## 8. Videoüberwachung schafft keine Sicherheit



Wie wir im letzten Newsletter berichtet haben, ist die Videoüberwachung in der Chemnitzer Innenstadt am 1. Oktober mit 25 Kameras gestartet. Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig hatte daraufhin der Kommune ein Ultimatum gestellt, die Gewährleistung des Datenschutzes nachzuweisen. Andernfalls würden die Kameras zum Schutz der Bürgerrechte unmittelbar abgeschaltet. Die geforderte Datenschutzfolgenabschätzung wurde durch die Stadt Chemnitz eingereicht, derzeit werden die datenschutzrechtlichen Anforderungen noch geprüft. Wir GRÜNE kritisieren diese Videoüberwachung nach wie vor und halten sie in ihrem Ausmaß und ihrem flächendeckenden Einsatz für rechtswidrig. Kameras schaffen keine Sicherheit, sie nehmen uns die persönliche Freiheit und ersetzen erst recht keine Polizist\*innen.

Weitere Hintergrundinformationen finden Sie in der Pressemitteilung vom 18. Oktober 2018: Nach dem Ultimatum des Datenschutzbeauftragten fordern die GRÜNEN das sofortige Ende der Video-Überwachung in Chemnitz

<http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/nach-dem-ultimatum-des-datenschutzbeauftragten-fordern-die-gruenen-das-sofortige-ende-der-video-ueberwachung-in-chemnitz/>

PM, 08.10.18 : GRÜNE zur Ankündigung des Innenministers, Kommunen beim Ausbau der Videoüberwachung finanziell zu unterstützen

<http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/gruene-zur-ankuendigung-des-innenministers-kommunen-beim-ausbau-der-videoueberwachung-finanziell-zu-unterstuetzen/>

## 9. Schlechte Ausstattung der Sächsischen Feuerwehr: Einen Waldbrand darf es hier nicht geben

Nach mehreren Waldbränden in der Sächsischen Schweiz im Laufe des diesjährigen Dürresommers habe ich zwei Kleine Anfragen im Hinblick auf die Waldbrandbekämpfung der Sächsischen Feuerwehr

gestellt. Es gibt in Sachsen derzeit keine Löschhubschrauber oder Löschflugzeuge, die im Ernstfall einen Waldbrand dieses Ausmaßes bekämpfen könnten. Auch die Anzahl der Tanklöschfahrzeuge, die über eine besonders hohe Bodenfreiheit und große Tankkapazität verfügen, scheint mit 15 Fahrzeugen sehr gering. Zudem verfügt Sachsen nicht über speziell ausgebildete Waldbrandspezialisten oder spezielle Einsatzkleidung für die Waldbrandbekämpfung.

Die Hitze- und Trockenperiode im diesjährigen Sommer hat gezeigt, wie hoch der Handlungsbedarf bei der Waldbrandbekämpfung ist. Wir fordern, das dringend geprüft werden muss, ob Sachsen zentral weitere Technik für die Waldbrandbekämpfung anschafft. Im Haushaltsverfahren haben wir Mittel für die Anschaffung eines Löschhubschraubers und von Tanklöschfahrzeugen mit hoher Bodenfreiheit beantragt.

Ausführliche Informationen zum Thema finden Sie hier:

<http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2018/nach-waldbrand-in-der-saechsischen-schweiz-gruene-fordern-konsequenzen-vom-innenminister/>

## **Zwischenrufe #18: Wildtierverbot – Überwachung(-skapitalismus) – Aufbruch Ost**



Meinen aktuellen Podcast ganz bequem zum Nachhören: <http://valentinelippmann.de/beitrag/5919>

## **Kleine Anfragen**

Meine Kleinen Anfragen finden Sie hier:

<http://valentinelippmann.de/beitrag/parl/anfrage>

## Veranstaltungsrückblicke

### **Triff Robert an einem gefährlichen Ort**

Am 20. November fand ein Nachtspaziergang zu den sogenannten „gefährlichen Orten“ in der Dresdner Neustadt statt. Robert Habeck, GRÜNER Bundesvorsitzender, begleitete den Rundgang. Einen kurzen Rückblick finden Sie hier:

<http://valentinlippmann.de/beitrag/5817>

### **Rechter Terror in Sachsen – Was jetzt folgen muss**

Zum grünen Salon von Stephan Kühn, GRÜNER Bundestagsabgeordneter, diskutieren wir die Fragen bezüglich Rechtsextremismus in Sachsen.

Hier finden Sie einen kurzen Veranstaltungsbericht und können sich einen Mitschnitt anschauen:

<http://valentinlippmann.de/beitrag/5836>

## Die Saxgrün ist da!



Die aktuelle Ausgabe der Fraktionszeitung finden Sie hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/infothek/fraktionszeitung/>

Mehrfachsendungen bitten wir zu entschuldigen. Die vorherigen Newsletter finden Sie hier:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/infothek/newsletter-archiv/?L=0>

Sie möchten keine Newsletter mehr erhalten? Dann schicken Sie eine Email an  
juliane.hundert@slt.sachsen.de

### **Impressum**

Für weitere Informationen, Fragen, Anregungen oder Kritik wenden Sie sich bitte an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Fax: 0351 / 493 48 09

Valentin Lippmann

Sprecher für Datenschutz, Innen- und Kommunalpolitik, Parlamentarischer Geschäftsführer

Tel.:0351/4934830 | valentin.lippmann@slt.sachsen.de

Dr. Juliane Hundert

Parlamentarische Beraterin für Innen- und Kommunalpolitik, Datenschutz

und Justizariat, Beraterin für den 1. UA (NSU)

Tel.:0351/4934833 | juliane.hundert@slt.sachsen.de

V.i.S.d.P.: Dr. Juliane Hundert